

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telefax: 8 88 846 ppbn  
Telefax: (0228) 9 15 20-12

## Inhalt

Professor Dr. Ingomar Hauchler MdB setzt sich mit der Bonner Entwicklungspolitik auseinander. Auch nach außen Kurzsicht und Kälte.

Seite 1

### Dokumentation

Johannes Rau, NRW-Ministerpräsident und Stellvertretender SPD-Vorsitzender, unterstützte vor dem Verein "Wider das Vergessen" eine Initiative zur Rettung der Gedenkstätte Auschwitz: 'Die Sehnsucht nach dem Schlußstrich ist lebensgefährlich'. Wortlaut

Seite 5

48. Jahrgang / 171

8. September 1993

### Auch nach außen Kurzsicht und Kälte

Der Anteil der Entwicklungsausgaben sinkt weiter ab

Von Professor Dr. Ingomar Hauchler MdB

Entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Der Entwicklungsetat 1994 ist auf 8,4 Milliarden Mark veranschlagt. Das ist nominal genauso viel wie in 1993. Tatsächlich tut damit die Bundesregierung aber weniger, um Hunger, Armut und Umweltzerstörung zu bekämpfen - Probleme, die weltweit dramatisch zunehmen und die Hauptursachen von Flucht, Gewalt und Krieg sind.

Die wirklichen Leistungen sinken, weil ein nominal gleich hoher Betrag angesichts der Inflation real weniger wert ist. Und: weil angesichts der schnell wachsenden Bevölkerung im Süden unser relativer Beitrag noch kleiner wird.

Obwohl der Bundeskanzler ständig von der gewachsenen internationalen Verantwortung Deutschlands spricht und in Rio erst vor einem Jahr sein Wort gab, das Engagement für Entwicklung und Umwelt auf 0,7 Prozent des Sozialproduktes zu erhöhen, sinkt der Anteil der deutschen Entwicklungsleistungen sowohl am Sozialprodukt, wie auch am Bundeshaushalt weiter ab. Nun ist es nicht so, daß wir Sozialdemokraten nicht sähen, daß unser Land in einer Rezession und mitten in einer Finanzkrise steckt. Wir alle müssen sparsamer mit dem Geld des Steuerzahlers umgehen und darauf achten, daß wir die richtigen Prioritäten setzen.

Genau darüber aber - über die richtigen Prioritäten - müssen wir in dieser Haushaltsdebatte mit der Regierung streiten. Und wir kritisieren massiv, daß sie real weniger ausgibt, um die Ursachen von Flucht und Krieg in der Welt zu bekämpfen, gleichzeitig aber schnell mal 200 Millionen Mark für den militärischen Einsatz in Somalia ausgibt. Das stimmt nachdenklich. Es scheint immer genug Geld da zu sein, wenn es um außenpolitische Opportunität geht, wie schon am Golf, oder um militärisches Imponiergehabe wie in Somalia. Dafür werden - trotz steigender innerer Belastungen - bedenkenlos finanzielle Engagements eingegangen. Wenn es aber um Armut und Umwelt geht, verstecken sich alle hinter dem Finanzminister.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Haussallee 2-10, Pressediensthaus I/217, 53113 Bonn  
Postfach 12 04 08, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 92,50 mtl.  
zzügl. MwSt. und Versand.

Kemmlinger Umwelt  
mit demobilis-Bücherei  
Bücherei-Papier



Die Bundesregierung friert ihre Entwicklungszusammenarbeit ein. Sie handelt damit international mit der gleichen Kurzsicht und sozialer Kälte wie im eigenen Lande. Sie wälzt die zusätzlichen Lasten, die durch die Rezession, die deutsche Vereinigung und die eigenen wirtschaftlichen und politischen Fehlleistungen entstanden sind, auf die Schwächsten ab. Hier sind es die Arbeitslosen, Sozialhilfeempfänger und Rentner - dort die Hungernden in Afrika. Das liegt ganz auf der Linie, auf welcher CDU/CSU und FDP seit zehn Jahren ihre Wende zu gesellschaftlicher Spaltung, zu sozialem Kahlschlag und zu selbstgerechtem Egoismus betrieben haben..

Die sogenannten christlichen und liberalen Parteien haben noch nicht begriffen, daß man entwicklungspolitische Leistungen nicht als Almosen betrachten darf - als milde Gaben, die man je nach Belieben und Kassenlage hinauf- und herunterfährt. Sie haben noch nicht verstanden, daß es längst nicht mehr um selbstgerechte Entwicklungshilfe geht, sondern um eine global verantwortliche Entwicklungspolitik, die armutsfördernde Verhältnisse, umweltzerstörende Prozesse und entwicklungshemmende Strukturen beseitigt - in den sogenannten Entwicklungsländern selbst, genauso aber auch in der Weltwirtschaft und bei uns, in den Industrieländern. Die Bundesregierung gibt dem Nord-Süd-Konflikt und der neuen Ost-West-Spannung, die jetzt nicht mehr militärisch, sondern wirtschaftlich begründet ist, immer noch nicht den nötigen politischen Stellenwert.

#### Globale Armut für die Regierung kein Thema

Brauchen wir in einer schicksalhaft vernetzten Welt nicht mehr, statt weniger Anstrengungen für die Entwicklung im Osten und Süden - um das Wachstum der Weltbevölkerung einzudämmen, den Raubbau an der Natur zu stoppen, und um - statt sich an Kampfeinsätzen zu beteiligen - Hunger, Krieg und Flucht vorzubeugen? Ist uns eigentlich bewußt, daß täglich hundert - ja, buchstäblich hundert mal mehr Menschen, vom Fernsehen unbeobachtet, den stillen Tod durch Hunger und Krankheit finden, als auf dem Bildschirm spektakulär erschossen werden? Die große Politik streitet pausenlos über nichts als Militäreinsätze - über die falschen Unterschiede von peace-keeping und peace-enforcement. Globale Armut aber und Umweltkatastrophen scheinen nicht für die "Großen Debatten" zu taugen, sondern höchstens für ein moralesches Ornament am Rande nationaler Befindlichkeit.

Wir Sozialdemokraten kritisieren die Bundesregierung aber nicht nur deshalb, weil sie den Entwicklungsetat einfriert, denn Geld allein bewirkt natürlich noch nicht Entwicklung. Wir kritisieren noch entschiedener, wie sie die ohnehin schon knappen und real sinkenden Mittel einsetzt. Im Entwicklungsetat 1994 werden immer noch falsche Prioritäten gesetzt und die hehren Worte des Entwicklungsministers über Menschenrechte und Demokratie, Armutsbekämpfung und Umweltschutz werden ad absurdum geführt.

Das entwicklungspolitische Programm der Bundesregierung für 1994 enthält wiederum keinerlei Initiativen, um für die Länder des Südens und Ostens die Handels-, Kredit- und Investitionsbedingungen konkret zu verbessern. Dabei wird immer deutlicher, daß die von den Industrieländern gesetzten Bedingungen für Handel, Kredite und Investitionen viel entscheidender sind, als noch so viele einzelne Projekte.

Neben der seit einem Jahrzehnt andauernden Defizitpolitik der USA hat in den letzten Jahren die Schuldenpolitik dieser Bundesregierung wesentlich dazu beigetragen, daß hohe Weltmarktzinsen die Zahlungsbilanzen vieler Länder des Südens und Ostens so stark belasten, daß diese nur einen Bruchteil der nötigen wachstums- und entwicklungsfördernden Importe und Investitionen finanzieren können. Es ist wahr. Die privaten Banken sind heil aus der Schuldenkrise heraus. Das heißt aber nicht, daß die Schulden die Entwicklungsländer nicht mehr drücken. Sie sind im Süden und Norden höher denn je - zwingen also diese Länder in den Export - zu sinkenden Terms of Trade und zu Lasten der eigenen Ernährungsgrundlage und des Umweltschutzes.

Statt sich endlich für eine umfassende Initiative zur Entschuldung einzusetzen, will die Bundesregierung auch 1994 wieder mit 250 Millionen Mark die arbeitsfördernde und umweltzerstörende Strukturanpassungspolitik von IWF und Weltbank unterstützen.

Das wirtschaftliche Strohfeuer, das in einigen lateinamerikanischen und afrikanischen Ländern im Gefolge der IWF-Auflagenpolitik zu verzeichnen war, wird nicht lange brennen; denn es ist mit einer Erosion interner Produktionspotentiale und einer Exportpolitik verbunden, die sich binnenwirtschaftlich nicht vernetzt, die Massenarbeitslosigkeit nicht abbaut und keine sich selbst tragende Entwicklung in Gang setzt. Die bessere Schuldenbedienung, vor allem gegenüber den privaten Banken des Westens, wird mit einer Umverteilung von unten nach oben im Süden und Osten, mit weniger Investitionen in Bildung und Gesundheit und mit mehr Armut, die wiederum die Umweltzerstörung treibt, bezahlt.

Die eigentlich entwicklungshemmenden Ursachen werden von den internationalen Institutionen nach wie vor nicht bekämpft; nämlich Einkommens-Disparitäten, die zum Himmel schreien und ökonomisch schädlich sind, weil es dadurch weiter an einer wachstumsfördernden Massenkauflkraft fehlt; Agrarfeudalismus, kombiniert mit Export-Monokulturen, die die eigene Ernährungsgrundlage und die Umwelt gefährden; nicht zuletzt Korruption und Kapitalflucht, die auch von deutschen Steuergesetzen und deutschen Banken gefördert werden. Es ist doch ein Skandal, wenn nach dem deutschen Steuerrecht ein Unternehmer immer noch aktive Bestechung in den Entwicklungsländern zu Lasten des Steuerzahlers als Kosten absetzen kann.

Die Bundesregierung setzt nicht nur immer noch zu stark auf einzelne Projekte statt auf eine konsequente Politik zur Schaffung von entwicklungsfördernden Strukturen und inländischen Potentialen - sie fördert oft auch noch die falschen Projekte in den falschen Regionen und in den falschen Sektoren.

#### Das Elend wächst, die Leistungen sinken

Beispiel Afrika! Während ein Kontinent immer tiefer im Elend versinkt, sollen die Zusagen für Afrika 1994 sogar gekürzt werden - und zwar absolut wie relativ zum Gesamtetat. Die Verpflichtungsermächtigungen für finanzielle und technische Zusammenarbeit werden von 1.53 Milliarden auf 1.33 Milliarden Mark gesenkt. Die Mittel, die - zu Recht - für die asiatischen GUS-Republiken eingesetzt werden, werden also ausgerechnet zu Lasten Afrikas und ähnlich schlecht gestellter Regionen finanziert. Das wiederholt nach dem Zusammenbruch im Osten und nach der deutschen Vereinigung gegebene Versprechen der Bundesregierung, die Länder des Ostens nicht zu Lasten der Länder des Südens zu unterstützen, wird schlicht gebrochen.

Eine Entdeckung besonderer Art macht man, wenn man darauf stößt, welche Länder es sind, die zu den größten Empfängern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zählen. Fünf, ja fünf (!) der acht größten Empfängerländer nehmen es weder mit den Menschenrechten noch mit der Demokratie noch mit der Rechtsstaatlichkeit ernst. Wenn China an zweiter Stelle, die Türkei an vierter und Indonesien an fünfter Stelle der Rangliste liegt, und wenn der peruanische Diktator Fujimori jetzt wieder mit einem wahren Geldregen von über 200 Millionen begünstigt wird, so spricht dies den neuen Kriterien von Minister Spranger Hohn. Die eigentlichen Kriterien der deutschen Entwicklungspolitik heißen nicht Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sondern wirtschaftspolitisches (China), bündnispolitisches (Türkei) und ausenpolitisches Eigeninteresse.

Aber nicht nur die regionale Verteilung der Mittel widerspricht eklatant den gebetsmühlenhaft wiederholten Versprechungen des Entwicklungsministers. Wohin sich die Prioritäten verschieben zeigt sich auch, wenn man die 1994 geplanten inneren Umschichtungen der insgesamt gesunkenen neuen Entwicklungszusagen analysiert. Die eigenen Papiere des Ministeriums weisen aus, daß im Vergleich zu 1993 353 Millionen weniger für die Grundbedürfnisbefriedigung, 78 Millionen weniger für ländliche Entwicklung, 68 Millionen weniger für Umweltprojekte, aber auch 16 Millionen weniger für Flüchtlingshilfe ausgegeben werden soll. Ausgerechnet für die

Sektoren, die auf der propagandistischen Hit-Liste des Ministers stehen - also Armutsbekämpfung, Umweltschutz und Bildung - sollen also 1994 weniger Zusagen gemacht werden. Ungeschoren bleiben oder teilweise sogar aufgestockt werden die Ausgaben für jene Sektoren, die für deutsche Lieferinteressen besonders wichtig sind - etwa Energie-, Wasser- und Verkehrsprojekte.

Wenn man bedenkt, daß 1994 der Entwicklungsetat auf den nominalen Wert von 1993 eingefroren wird, preisbereinigt und aus demographischen Gründen die realen Leistungen aber sinken; wenn man bedenkt, daß die Zusagen für die bilaterale und technische Zusammenarbeit sogar nominal zurückgenommen werden und wenn man die regionalen und sektoralen Umschichtungen des Entwicklungsetats berücksichtigt, ergibt sich eine traurige Quintessenz. Sie lautet: Für CDU/CSU und FDP wird die Entwicklungspolitik immer mehr zur Marginalie und zum Instrument kurzzeitiger Eigeninteressen. Während die globalen Sicherheitsrisiken wachsen und Flucht und Kriege auch uns immer mehr betreffen - und eines nicht fernem Tages uns auch hart treffen werden! - wird die Entwicklungszusammenarbeit immer weiter ausgehöhlt. Im Widerstreit hehrer Prinzipien und knallharter Eigeninteressen und im Kompetenzgerangel von Entwicklungs-, Wirtschafts-, Finanz-, und Außenminister ist der deutsche Entwicklungsetat zum Supermarkt unterschiedlichster Bedürfnisse und Interessen geworden. Kohärenz, Nachhaltigkeit und globale Verantwortung bleiben auf der Strecke. Was soll's, denkt sich vielleicht nicht nur der Kanzler: Es geht um wichtigere Dinge.

Wenn heute das Parlament darüber diskutiert, wieviel, wofür und warum wir in der Entwicklungszusammenarbeit Geld ausgeben, so dürfen wir nicht nur über die bilateralen Maßnahmen sprechen. Wir müssen auch auf unsere multilateralen Leistungen blicken. Ihr Anteil am Gesamtetat steigt 1994 auf einen Höchstwert an, nämlich 35 Prozent! Der Löwenanteil der knapp drei Milliarden Mark (2,9 Mrd.) entfällt dabei auf Beträge, die an den IDA-Entwicklungsfond der Weltbank und an den europäischen Entwicklungsfonds fließen. Im Gegensatz etwa zur amerikanischen Regierung und zum amerikanischen Kongress fühlen sich die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien dieses Parlaments jedoch nicht bemüht, unterschiedenen Einfluß auf die Politik und die Projekte der internationalen Institutionen zu nehmen. Dieses Parlament hat bis heute keine wirkliche Chance, zu kontrollieren, wie die Bürokratien in New York, Washington, Genf, Wien, Rom, Paris und Brüssel das Geld unseres Steuerzahlers ausgeben.

#### Geld für zweifelhafte Weltbank-Projekte

Es ist unerträglich, daß diesem Parlament zugemutet wird, immer höhere Mittel quasi in eine "Black-Box" zu zahlen. Dabei wissen wir spätestens seit dem Tag, an dem der interne Revisionsbericht der Weltbank - der sog. Wapenhans-Bericht - veröffentlicht wurde, daß viele, zu viele Weltbank-Projekte höchst zweifelhaft sind und oft sogar zu negativen Ergebnissen geführt haben.

Und geradezu grotesk mutet es an, daß die Europäische Gemeinschaft gerade jetzt wieder mit Rindfleisch-Exporten zu Dumping-Preisen die westafrikanischen Fleischmärkte ruiniert - Märkte, die vorher mit europäischen und deutschen Entwicklungsgeldern gefördert wurden. Auch auf europäischer und globaler Ebene konterkarieren sich widerstreitende Ziele und Interessen, Methoden und Kompetenzen von Entwicklungs-, Wirtschafts-, Finanz- und Außenpolitik. Ich fordere die Bundesregierung auf, dem Parlament unverzüglich Vorschläge zu unterbreiten, wie die Politik und die Projekte der internationalen Institutionen der längst überfälligen parlamentarischen und öffentlichen Kontrolle unterstellt werden können. Parlament und Öffentlichkeit haben ein Recht darauf.

Es ist legitime Aufgabe der Opposition in diesem Hohen Hause, wenn sie kritisiert, daß die Bundesregierung der Entwicklungszusammenarbeit insgesamt zu geringe Bedeutung zumißt, daß sie deren Eigenwert vernachlässigt, sie zum Instrument anderer politischer Zielsetzungen macht und darüber hinaus versäumt, über ihre multilateralen Leistungen ausreichend mitzubesprechen. Ich weiß aber auch, daß es in allen Parteien Stimmen gibt, die meinen, daß es im

Vorfeld der kommenden Wahlkämpfe zunehmend populär sein könnte, von der Entwicklungspolitik primär einen Beitrag zur eigenen Beschäftigung und zur Durchsetzung eigener außenpolitischer Interessen zu verlangen, statt primär nach dem Beitrag der Entwicklungspolitik zur Bekämpfung von Armut, Umwelterstörung und Bevölkerungsexplosion zu fragen.

Ich halte dies für gefährlich. Wer weiter die Entwicklungspolitik ganz ausblendet oder kurzfristigen Interessen und tagespolitischen Opportunitäten unterwirft, verspielt die Chance, endlich damit anzufangen, die Ursachen und nicht nur die Symptome zunehmender länderübergreifender Sicherheitsrisiken zu bekämpfen und die Entwicklungspolitik als vorbeugende Friedenspolitik zu begreifen. Eine Politik, die das Heute und Hier nur noch gestalten kann, wenn sie das Morgen und das Ganze opfert - und Politiker, die den Frieden in erster Linie militärisch erzwingen wollen, statt die Ursachen von Flucht und Krieg zu bekämpfen, sind beim Bürger mit Recht im Verdacht, die Probleme der Zukunft nicht mehr lösen zu können.

(-/8. September 1993/rs/ks)

\*\*\*\*\*

## DOKUMENTATION

### "Die Sehnsucht nach dem Schlußstrich ist lebensgefährlich"

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident und stellvertretende SPD-Vorsitzende, Johannes Rau, sprach vor dem Verein "Wider das Vergessen" am 6. September in Düsseldorf für eine Initiative zur Rettung der Gedenkstätte Auschwitz. Wir dokumentieren den Wortlaut.

Es gibt Dinge, die kann man getrost vergessen. Es gibt Dinge, die sind zu banal, die sind zu unwichtig, die Zeit ist über sie hinweggegangen. Aber es gibt auch eine Sehnsucht nach dem Vergessen. Wie oft habe ich das erlebt, daß irgendwo in den Nachrichten gesagt wird: Da ist der und der Prozeß gegen sogenannte NS-Täter in die und die Phase treten. Und da sagt einer, der mithört: Ist denn nicht irgendwann endlich einmal Schluß? Hören die denn nicht endlich irgendwann auf? Wenn wir ehrlich sind, müssen wir sagen: Es gibt solche Sehnsucht nach dem Schlußstrich und sie ist lebensgefährlich. Es wäre lebensgefährlich, wenn wir zur Normalität zurückkehren. Nicht alle Motive derer, die nach dem Vergessen rufen, sind ehrlos. Es gibt auch Menschen, die möchten, daß man darüber nicht mehr spricht, weil es so schrecklich war, weil es so unvorstellbar und so unmenschlich gewesen ist, daß sie stumm werden.

Primo Levi, der Auschwitz überlebt hat, hat einmal gesagt: "Unserer Sprache fehlen die Worte, um diese Beleidigung, diese Zerstörung des Menschen zu beschreiben."

Man gibt ja zu - ich jedenfalls gebe zu - wenn ich manche Bilder sehe, dann bin ich hilflos vor dem, was ich sehe. Nicht nur bei Bildern aus unserer Geschichte, auch bei Bildern, die heute auf den Fernsehschirm kommen. Da gibt es das Wort von der Wiedergutmachung, von der Vergangenheitsbewältigung. Nein, das, was geschehen ist, das kann man nicht wiedergutmachen. Könnte es überhaupt wieder gut gemacht werden, dann nur von dem Gott, der die Juden und die Christen miteinander verbindet und von dem wir sagen, er wäre der Herr über Leben und Tod. Wir Menschen müssen lernen, die Last der Vergangenheit zu tragen, ihr standzuhalten, nicht zu fliehen, auch wenn das Standhalten schwerfällt. Viele Opfer dieses Terrors wurden zuerst ausgegrenzt und um ihre Rechte gebracht und dann wurden sie zusammengetrieben und aussortiert und schließlich erschossen und vergast. Auschwitz ist ja nur die Chiffre für ein System, das den Terror zum Prinzip gemacht hatte, zu einem Prinzip für einen penibel organisierten, für den gewissermaßen industriellen Massenmord. Wer nach Auschwitz verschleppt worden ist, der sollte in jeder Hinsicht vernichtet werden, er sollte ohne Namen sein, höchstens eine Nummer auf Todeslisten. Keiner sollte sich mehr an ihn erinnern können.

**Die Gedenkstätte Auschwitz darf nicht verfallen**

Wer Auschwitz vergessen will, der wird - auch wenn er das nicht möchte - zum späten Erfüllungsgehilfen der Unmenschlichkeit, denn die Menschen, die da verfolgt und vernichtet worden sind, denen Hoffnung, Leben und Zukunft genommen wurden und der Name, den sie hatten, ohne den es kein Sich-erinnern gibt, sollten ja in Vergessenheit geraten. Darum darf Auschwitz, darf die Gedenkstätte Auschwitz nicht verfallen. Wer einmal da gewesen ist oder wer die Bilder gesehen hat, wer einmal die Berge von Schuhen gesehen hat, der vergißt das nie wieder. Und bloße Worte und Zahlen reichen ja nicht aus. Darum brauchen wir Orte, Anschauungen, Bilder, unmittelbare Eindrücke. Wir brauchen diese Mahnung aus Stein und Staheldraht. Und ich füge hinzu: Wir erinnern uns nicht deshalb, weil wir die Schuld der Schuldigen auf spätere Generationen verlagern wollten. Schuld vererbt sich nicht, aber Schulden die vererben sich. Schulden - das sind die Verantwortlichkeiten, denen wir uns heute stellen müssen. Und es ist eine falsche Naivität zu glauben, man könne aus der eigenen Geschichte auswandern. Es ist eine falsche Individualisierung, die nur sich selber kennt und die gemeinsame Verantwortung zurückweist. Wir können uns nicht verabschieden von den dunklen Kapiteln der deutschen Geschichte, so wenig wir zu verleugnen brauchen, daß es auch andere Kapitel gegeben hat, an die wir mit Freude denken. Die Vergangenheit ist auch unsere Geschichte, und dabei bleibt es.

Es gibt heute Beispiele dafür, wie verdrängte Vergangenheit Menschen wieder einholt, und ich will nicht nur an die Länder des Balkans erinnern, die ich in der vergangenen Woche besucht habe, wo man feststellt, wie die alten, die nicht aufgearbeiteten Gegensätze und Feindschaften das Leben heute noch bestimmen. Wir lernen. Die Vergangenheit ist im Verborgenen virulenter als wir uns das auf den ersten Blick hin als Wahrheit anerkennen. Darum wissen wir - und viele von uns haben es erfahren, zu Hause und in der Gesellschaft -, daß böse Vorurteile zahlreich sind. Daß Feindklischees offenbar immer wieder nachgezeichnet und nachgedruckt werden, daß sie vererbt werden.

**Möln und Solingen sind nicht Anfänge, sondern Folgen**

Wir haben in den vergangenen zwei, drei Jahren eine neue Welle von Ausländerfeindlichkeit von Rechtsextremismus, von Haß und Gewalt, und schlimme Wort haben zu bösen Taten geführt. Möln und Solingen - das sind nicht die Anfänge, denen es zu wehren gilt, sondern das sind Fortsetzungen aus vorherigem Denken und Reden. Das ist eine Herausforderung, der wir begegnen müssen, und zwar jetzt. Es gibt auch heute noch Menschen, die wollen anknüpfen an die alten Vorurteile. Die reden nicht von Auschwitz, sondern von der "Auschwitz-Lüge". Und es gibt eine oft diffuse Aggressivität in unserer Gesellschaft, die sucht sich alte Bilder, die sucht sich alte Symbole und alte Schlag-Worte - und das ist wörtlich gemeint.

Darum dürfen wir Auschwitz nicht vergessen. Darum müssen wir daran erinnern, daß das nicht ein Betriebsunfall des deutschen Lebens und der deutschen Geschichte ist, sondern daß es eine Vorgeschichte gibt. Und daß Vernichtungslager nur dann entstehen, wenn es vorher dumme Worte gibt und häßliche Taten. Daß dann, wenn Wind gesät wird, Sturm geerntet wird. Bevor die Menschen umgebracht worden sind, sind sie ausgegrenzt, sind sie weggebracht, sind sie diffamiert worden. Das gehört ja zu dem Mechanismus, den es gegeben hat von den Alldeutschen in der Mitte des 19. Jahrhunderts bis heute. Daß dann, als die Vernichtung begann, die, die wegblickten, dachten: Das sind ja keine Menschen wie wir.

Wir werden mit den neuen Gefahren nicht fertig, wenn wir vergessen und verdrängen. Wir werden damit nicht fertig, wenn wir stromlinienförmig zu leben versuchen, angepaßt an Zeitgeist und das, was sich so nennt, sondern nur, wenn wir beharrlich, auch wenn es lästig ist, und geduldig, auch wenn es schmerzt, an das erinnern, was geschehen ist, und wenn wir sorgfältiger reden, genauer denken, als das in manchem, auch in Politikerkreisen, geschieht. Da ist dann die Rede von dem, was in deutschem Namen geschehen sei. Nicht in deutschem Namen, von Deutschen ist es geschehen. Sorgfältiger reden, genauer denken, mutiger handeln - das steht wider das Vergessen, und ich hoffe, daß wir es miteinander auf unsere Schultern nehmen. Wir werden dann gerader gehen, nicht gebückt und gebeugt.

\*\*\*\*\*

(-/8. September 1993/rs/ks)